

6./IV. 1918

75

* Wirtschaftliche Wochenschau.

Köln, 6. April. Die Insel Utopien ist in der Mitte 200 000 Schritt breit. Nach den Enden zu nimmt diese Breite symmetrisch ab, so daß Utopien die Gestalt eines Mondviertels zeigt, dessen Hörner nur 11 000 Schritt voneinander entfernt sind. Die Insel zählt 54 ganz gleichmäßig erbaute Städte. Wer eine Stadt gesehen hat, kennt alle. Um jedem Gedanken an persönlichen Besitz vorzubeugen, wechseln die Utopier alle zehn Jahre ihre Häuser nach Bestimmung durch das Los. Alle Utopier arbeiten, Männer und Frauen. Außer dem Ackerbau hat jeder noch ein Handwerk zu erlernen. Alljährlich kehren zwanzig Ackerbauer, die zwei Jahre Ackerbau getrieben haben, in die Stadt zurück und werden durch zwanzig andere ersetzt. Alle arbeiten sechs Stunden täglich. Die Trompete verkündigt die Stunde der Mahlzeit, die gemeinsam eingenommen wird. Das Reisen ist in diesem Lande sehr erschwert. Der Bürger, der eine Reise machen möchte, bedarf der Genehmigung der Beamten. Dann erhält er einen Paß vom Fürsten. Das und noch vieles andre erzählt uns Thomas Morus in glänzendem Latein von seinem Land Utopia.

Aehnlich sieht's in Campanellas Sonnenstaat aus. Auch seine Grundlage ist die Gemeinschaft. Eigne Wohnung, eigne Weiber, eigne Kinder zu haben, das ist die Wurzel alles Übels. Darum ist die Gemeinschaft durchaus durchgeführt, das gemeinschaftliche Leben aufs genaueste geregelt. Ein erweitertes Kloster. Landbau, Arbeit in den Werkstätten, kriegerische Übungen wechseln miteinander ab. Jeder arbeitet nur vier Stunden. Die Erzeugnisse werden in die gemeinsamen Vorrathshäuser abgeliefert. Die Mahlzeiten sind gemeinsam in großen Refektorien. Der Oberarzt macht den Küchenszettel. Überall findet die strengste Leitung durch die Beamten statt. Sie sind mit der größten Gewalt ausgestattet und üben eine summarische Strafrechtspflege (Zivilrechtspflege gibt es selbstverständlich nicht), wobei jeder Fall binnen drei Tagen in allen Instanzen erledigt ist. Die Beamten sind zugleich Beichtväter.

Bacon hat in seiner Nova Atlantis gleichfalls auf sozialistisch-kommunistischen Grundmauern ein jenen Gebilden nahe verwandtes Gebäude aufgeführt. Fourier und Considérant haben Ähnliches geträumt und in ihren Phalansterien in Wirklichkeit umzusetzen gesucht. Das war die Zeit, wo man Sozialismus und Kommunismus auf Aktien gründen zu können wähnte und schließlich, als man in Frankreich nicht zum Ziele kam, nach dem heutigen Dollarland auswanderte, um dort das Erträumte zu verwirklichen. Etwa 80 solcher Gemeinschaften entstanden und verschwanden im Laufe der Zeit. Alle scheiterten, und viele nahmen ein recht übles Ende.

Jetzt ist man in dem Petrograd von gestern, das vielleicht morgen wieder Petersburg heißen wird, aufs neue an sozialistisch-kommunistischer Arbeit. Man hat nicht etwa die vielgepriesenen allgemeinen Menschenrechte, sondern nur Rechte des Arbeiterproletariats verkündet. Hat das Privateigentum aufgehoben, von Grund und Boden ausgefangen bis zu allen beweglichen Dingen, hat Fabriken und Werkzeuge, Rohstoffe mit Beschlag belegt. Man hat Arbeiterräte eingesetzt, welche die Leitung der Unternehmungen in die Hand genommen haben. Sie haben die Direktoren und Angestellten zur Handarbeit in die Fabriken geschickt und sich selbst auf den Schreibesseln niedergelassen, obwohl die meisten von ihnen weder zu lesen noch zu schreiben verstehen. Trotzdem regnet's auch von dort her Verordnungen über Verordnungen. In der russischen Wirtschaft aber geht alles drunter und drüber. Die Gütererzeugung sinkt, die Güterverteilung stockt, der Verbrauch kann nicht befriedigt werden, die Bevölkerung hungert und wird sich schwerlich mit dem Gedanken trösten, daß nun angeblich Freiheit und Gleichheit die alte Zarentyrannie ersetzt haben.

Daß wir im neuesten Rußland nicht leben und Ähnliches nicht zu fürchten haben, wissen wir. Immerhin mag mancher heute fragen, ob wir etwa in Utopia, in Nova Atlantis oder im Sonnenstaat zu Hause sind. Denn gar vieles von dem, was dort als luftiges Phantasiegebilde vorschwebte, ist bei uns heute greifbare Wirklichkeit geworden. Beschlagnahme und Enteignung, amtliche Preisfestsetzungen, amtliche Verteilung der Gütererzeugung sind an der Tagesordnung. Was wir trinken und essen sollen, wird uns Tag für Tag vorgeschrieben. Wie wir uns zu kleiden haben, wird uns gleichfalls gesagt und wird uns wohl noch mehr und noch öfter gesagt werden. Eine Wirtschaftsbürokratie, zahllos wie der Sand am Meer, ist über uns gekommen, mit ungeheuren Vollmachten ausgestattet und zu jedem Eingriff in persönliche und wirtschaftliche Freiheit jeden Augenblick bereit. Lange hat man das als unvermeidliche Folgen des Krieges in Ruhe hingenommen. Lange die regierenden Theoretiker ertragen, die unendlich viel Unheil über uns gebracht haben. Allmählich droht aber auch der stärkste Geduldfaden zu reißen, zumal wenn man sieht, daß die Eingriffe immer stärker werden und immer tiefer gehen. Jetzt hat man an den Bundesrat das Verlangen gerichtet, die gesamte Kriegsindustrie unter Geschäftsaufsicht zu stellen. Das ist eine der Folgen des Falles Daimler. Dieselbe, durch keine Gewissenshemmung behinderte auri sacra fames, die dort zu bemerken war, schiebt man ohne weiteres der gesamten Industrie in die Schuhe, bezeichnet sie kurz als verdächtig und möchte sie gleichsam unter Polizeiaufsicht stellen. Der Industrie soll's also ähnlich gehen wie dem Handel, den man von Anfang des Krieges an aufs heftigste bekämpft hat, gleich, als ob er der größte Schädling unsrer Wirtschaft wäre, und nicht sich im Gegenteil die größten Verdienste um deren geordneten Gang erworben hätte. Schritt für Schritt hat man ihn ausgeschaltet und durch alle

möglichen meist recht unvollkommenen Einrichtungen zu ersetzen gesucht. So rief man, weil man unfähig war, den Bedürfnissen des Verbrauchs zu genügen, den Schleichhandel hervor, und züchtete ihn künstlich groß, bis er bedenklichen Umfang annahm. Nun rückt man ihm wieder mit Gefängnis und Zuchthaus zu Leibe, weiß aber nicht, wie man das, was auch er an nützlicher, wirtschaftlicher Arbeit immerhin noch verrichtet hat, ersetzen soll. So folgen sich Verordnungen und Gesetze. Aber Besserung bringen sie nicht. Wo man ein Loch zustopft, bricht ein anderes auf. Das weiß man oder könnte es doch wissen, trotzdem wurstelt man unverdrossen weiter. Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!

Von ihres Wesens Art erlebt man eigentlich täglich neue Beispiele. Im Kriegsjahr 1916 wurde die Reglementierung der Zementindustrie in Angriff genommen. Im folgenden Jahr mit mehr oder weniger starkem Druck der Syndizierung zustande gebracht. Die Preise wurden amtlich festgesetzt. Sie werden vom Reichskommissar für Zement geregelt und überwacht. Die Wirkung davon ist in entsprechender Erhöhung der Zementdividenden wahrzunehmen. Jetzt aber kommt, wie vorauszu sehen war, der hinkende Bote in der Form der Besteuerung nach. Die Staatshilfe fordert ihre Bezahlung. Und noch anderes erlebt die Zementindustrie oder wird sie erleben. Der Zementbedarf hat nachgelassen. Seit die große Ostfront mit ihrem Stellungskrieg weggefallen ist, wird weit weniger Zement verbraucht als früher. Auch die Bauten der Kriegsindustrie sind zum weitaus größten Teil abgeschlossen, sodaß auch von dort her der Verbrauch nachgelassen hat. Wo die Zementfabriken ausreichend Kohle haben und weiterarbeiten können, mehren sich daher die Vorräte. So erklärt sich, daß der Rheinisch-Westfälische Zementverband kürzlich seinen Abnehmern mitgeteilt hat, daß er wieder größere Zementmengen für verschiedene Zwecke zur Verfügung stellen könne. So erklärt sich auch, daß er wieder um Ueberweisung von Aufträgen bittet und deren pünktliche Ausführung vorbehaltlich ausreichender Wagenstellung zusichert. Aber nicht jeder Zementbedarf kann heute ohne weiteres befriedigt werden. Und mancher Bedarf wird planmäßig getötet. Die Hauptabnehmerin von Zement, die private Bautätigkeit, ist unterbunden und liegt seit langem still. Man arbeitet also in der Zementindustrie einseitigen auf Vorrat, harret auf bessere Zeiten und tröstet sich einigermaßen mit dem Gedanken, daß man durch Bundesratsverordnung einstweilen vor dem Entstehen neuer Zementfabriken sicher ist. Minder tröstlich erscheint, daß von unsrer Wirtschaftsbürokratie auch die belgischen Unternehmungen ausgebaut und in den Stand gesetzt werden, nach Friedensschluß den Wettbewerb mit den deutschen zu übernehmen. Auch hier heißt's: Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft! Außerhalb der Zementindustrie aber spricht man immer lebhafter von dringender Wohnungsnot. Hier und da schickt man sich auch an, Abhilfe zu schaffen. Das Baugewerbe aber wird planmäßig ausgeschaltet. Auf private Rechnung darf nicht gebaut werden. Einstweilen gründet man gemeinnützige Bauunternehmungen. Die sind sicherlich wünschenswert und verdienen alle Förderung, können aber ebenso gewiß für sich allein den allgemeinen Uebelstand der Knappheit an Wohnungsraum nicht heben. Die private Bautätigkeit, die früher am Werk war, wird auch in der Folge nicht entbehrt werden können. Wenn man deshalb jetzt mit zunehmender Lebhaftigkeit von der Ueberleitung in die Friedenswirtschaft spricht, sollte man ihr vor allem mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Nicht etwa nur deshalb, weil sie Zement verbraucht und der Wohnungsnot entgegenarbeitet, sondern auch aus der Erwägung, daß sie ihrer Natur nach der Hauptfaktor für die Neubelebung unsrer gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit im Inland sein wird. Alle Gewerbezweige sozusagen wissen davon zu erzählen, in welchem Umfang sie auf den Verbrauch des Baugewerbes angewiesen sind. Wo also irgendwie Arbeitskräfte frei werden oder Rohstoffe freigegeben werden können, sollte man auf langsame Wiederingangsetzung des Baugewerbes Bedacht nehmen.